Schweizerisches B u n d e s b l a t t.

Jahrgang III. Band III.

N^{ro.} 55.

Samstag, den 25. Oktober 1851.

Man abonniert ausschließlich beim nächstgelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1851 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei Frkn. 3. Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden. Gebühr 1 Bogen per Zeile oder deren Raum.

Bericht

der

von der Bundesversammlung niedergesetzten Kommission, betreffend den Konflikt zwischen Aargau und Uri, hinsichtlich des Heimathrechtes der Johanna Walker.

(Vom 2. August 1851.)

Species facti.

Eine Elisabeth Walker von Wasen, Kantons Uri, gebar am 8. November 1842 in Hendschikon, Bezirk Lenzburg, Kantons Aargau, ein Mädchen, welchem in der Taufe den 13. November 1842 der Name „Johanna“ beigelegt wurde.

Hinsichtlich dieses Kindes schloß nach dessen Geburt Xaver Grob von Cham, Kantons Zug, damals Wirth an der neuen Brücke in Aarau, mit der Wittwe Anna Jobrist, Hebamme, von Hendschikon, einen Kostgeldsvertrag.

Der gleiche Kaver Grob schloß im Jahr 1843 mit der Gemeinde Alliswyl, Bezirks Lenzburg, einen Vertrag, mittelst welchem er das Kind „Johanna Walker“ in das Bürgerrecht dieser Gemeinde einkaufte.

Ein Heimathschein wurde in Folge dessen an den Gemeinderath von Alliswyl ausgestellt, der jedoch bloß Sigill und Unterschrift dieses Gemeinderaths, nicht aber diejenige des Bezirksamts und der Staatskanzlei auf sich trägt.

Bis zum Jahr 1848 erfolgte nichts weiters.

Im letztgedachten Jahre erhielt das Bezirksamt von Lenzburg von jener Einbürgerung Kenntniß. Dieser und anderer Handlungen wegen wurde eine strafrechtliche Untersuchung gegen die Mitglieder des Gemeinderaths von Alliswyl eingeleitet, welche bezüglich des Kindes „Johanna Walker“ im Jahr 1849 laut Spruch des Bezirksgerichts Lenzburg und des Obergerichts des Kantons Aargau damit endete:

- 1) daß die stattgefundene Einbürgerung des Kindes Johanna Walker zu Alliswyl als ungültig aufgehoben werde;
- 2) die Gemeinde Alliswyl habe dafür zu sorgen, daß, falls das Kind im Kanton Uri nicht mehr angenommen werden sollte, dasselbe anderswo auf gesetzliche Weise eingebürgert werde, und sei für alle daherigen Kosten verantwortlich erklärt;
- 3) die für dessen Einbürgerung in Alliswyl empfangene Summe von Fr. 300 habe alt-Ummann St. Scheub dahin abzuliefern, wo das Kind später eingebürgert werden wird;
- 4) daneben würden die Mitglieder des Gemeinderathes von Alliswyl mit Geldbußen belegt.

Der Spruch gründete sich darauf, daß bei der Einbürgerung der Johanna Walker die gesetzlichen Vorschriften nicht beobachtet und derselben nie das Kantonsbürgerrecht durch ein großrätliches Dekret ertheilt worden sei.

Im Laufe der Untersuchung erklärte der einvernommene und seither vergeldstigte Kaver Grob: die Elisabeth Walker habe ihm die Vaterschaft zugemuthet, er glaube aber nicht Vater zu sein; damit jedoch kein Aufsehen entstehe, habe er sich dazu verstanden, dem Kind ein Heimathrecht zu verschaffen und Kostgeld für dasselbe zu bezahlen.

Die Gemeinde Alliswyl wendete sich an den Kleinen Rath des Kantons Aargau, stellte vor: die Johanna Walker müsse ihres Heimathrechts halber der Mutter nothwendig folgen und besitze also ihr Heimathrecht im Kanton Uri. Wenn Uri dieses nicht anerkennen wolle, so gehöre die Sache an das eidgenössische Recht.

Der Kleine Rath des Kantons Aargau gelangte mit einem Schreiben (d. d. 2. April 1850) an die Regierung des Standes Uri, gab derselben Kenntniß von der Sache, mit der Bemerkung, daß, da die Erzeuger des betreffenden Kindes Bürger anderer Kantone seien, so könne dasselbe keinen Anspruch auf das Bürgerrecht im Kanton Aargau besitzen. Das Verlangen wurde dahin gestellt, daß die Regierung von Uri die Gemeinde Wasen zur Aufnahme des von der Elisabeth Walker außerehelich gebornen Kindes anhalte.

Die Regierung von Uri antwortete (18. April 1850): der angebliche Vater des unehelichen Kindes sei ein Angehöriger des Kantons Zug, wo der Paternitätsgrundsatz gelte, dort möge also eine Vaterschaftsklage gestellt werden. Ueber sie sei bis jetzt nie eine Anzeige an die Urnerischen Behörden gemacht worden, sondern die Gemeinde Alliswyl habe das Kind in das Bürgerrecht aufgenommen.

Hierauf formulirte (August 1850) der Stand Aargau eine Rechtsklage gegen den Stand Uri, mit dem Rechtsschlusse: „Die Regierung des hohen Standes Uri sei zu verfallen, das von Elisabeth Walker von Wasen am 8. November 1842 geborne, am 13. gleichen Monats auf den Namen „Johanna“ getaufte uneheliche Kind als Angehörige des Kantons Uri anzuerkennen.“

Der schweizerische Bundesrath überwies die Klage dem Bundesgericht und dieselbe wurde der Regierung von Uri kommunizirt.

Die Letztere in ihrer Antwort (Oktober 1850) auf die Klage bediente sich zuvorderst der Einrede: es sei das Bundesgericht nicht kompetent in der Sache zu urtheilen.

Da zur Zeit der Abfassung der Antwort angenommen werden mußte, es werde gemeinrechtlichen Grundsätzen gemäß das Bundesgericht die Kompetenzfrage selbst beurtheilen, so wurde mit der forideklinatorischen Einrede eventuell die einläufige Antwort verbunden, deren Schluß dahin ging: es sei die von der hohen Regierung von Aargau gegen die hohe Regierung von Uri gestellte Klage, puncto Anerkennung eines Kindes, negativ zu entscheiden.

Bevor weiter eine Verfügung erfolgte, erschien das provisorische Gesetz über das Verfahren bei dem Bundesgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, dessen Art. 93 bestimmt, daß im Falle eines Kompetenzstreites die Akten dem Kläger zurückgestellt und ihm überlassen wird, den Entscheid der Bundesversammlung anzurufen.

Da Uri sich eventuell auf die Klage eingelassen hatte, so stellte der Präsident des Bundesgerichts an die dassige Regierung die Anfrage, ob sie auf ihrer forideklinatorischen Einrede beharren und also die Kompetenzfrage vor allem aus entschieden wissen wolle.

Da eine bejahende Antwort erfolgte, so mußten die Akten laut Art. 93 des Gesetzes über das Verfahren vor dem Bundesgerichte dem klagenden Theile zurückgestellt werden.

Nunmehr gelangt die Sache an die Bundesversammlung zur Entscheidung der Frage: ob das schweizerische Bundesgericht in vorwaltender Streitsache kompetent sei oder nicht?

Uri führt für seine Behauptung der Inkompetenz folgende Gründe an:

1) Das fragliche Kind, da es in die Gemeinde Alliswyl eingebürgert und demselben ein förmlicher Heimathschein ausgestellt wurde, sei nicht heimathlos. Wenn auch die Bürgerrechtsertheilung annullirt würde, so sei durch gerichtliches Urtheil der Gemeinde Alliswyl die Verpflichtung auferlegt, die Einbürgerung des Kindes irgendwo zu bewerkstelligen. Für das Bürgerrecht des Kindes sei also gesorgt.

2) Der Streit stelle sich als ein solcher zwischen zwei Gemeinden und nicht zwischen zwei Kantonen dar. Die Regierung von Aargau erscheine bei demselben nur als Stellvertreterin der Gemeinde Alliswyl. Es handle sich um eine bloße Kindeszusprechung und die Sache gehöre daher vor die Kantonalgerichte von Uri.

Aargau erwidert:

1) Das Kind „Johanna Walker“ sei allerdings heimathlos. Das erworbene Heimathrecht desselben sei durch die zuständigen Gerichte annullirt. Das angeborne Heimathrecht desselben werde nicht anerkannt, und das Kind sei also so lange heimathlos, bis irgendwo die Anerkennung desselben bewirkt sei. Die der Gemeinde Alliswyl überbundene Pflicht sei nur eine eventuelle und vorsorgliche, die erst dann in Wirksamkeit trete, wenn der

Stand Uri von der Pflicht zur Anerkennung des Kindes befreit würde.

2) Es sei der vorwaltende Streit nicht bloß ein solcher zwischen zwei Gemeinden und handle sich auch nicht um einen gerichtlichen Kindesanspruch, sondern zunächst um die Aufnahme eines Kindes in den Kantonalverband, um Ausmittlung der Kantonshörigkeit, wobei jede Regierung die Interessen ihres Kantons zu vertreten habe, und dabei als betheiltigt erscheine, zumal die Erwerbung eines Ortsbürgerrechts durch die Erwerbung des Kantonsbürgerrechts bedingt sei.

Das sind in gedrängter Kürze die in den Akten weitläufiger auseinandergesetzten Gründe beidseitiger Theile.

Erörterung.

Die Kommission will sich bei der Frage, ob das Kind „Johanna Walker“ als heimathlos zu betrachten sei, nicht lange aufhalten, indem wenn sich der Streit als ein solcher zwischen zwei Kantonen darstellt, eine Erörterung über die Heimathlosigkeit überflüssig ist, abgesehen von Ziffer 3 des Art. 101 der Bundesverfassung, welcher von der Heimathlosigkeit handelt, laut Ziffer 1 Litt. a. des allegirten Artikels die Entscheidung dem Bundesgericht anheim fällt. Die Kommission beschäftigt sich daher vorzugsweise mit der Frage, ob wirklich ein Streit zwischen zwei Kantonen vorliege.

Wenn die Mutter des fraglichen Kindes eine Bürgerin des Kantons Aargau wäre, und es wollte ein Bürger des Kantons Uri als Vater, und in Folge dessen ein Heimathrecht im letztgedachten Kantone für das Kind in Anspruch genommen werden, denn gestaltete sich die Sache zu einem Paternitätsprozesse, in welchem unzweifelhaft die

Paternitätsklägerin vor den Gerichten des Kantons Uri aufzutreten hätte.

Wöchte in diesem Falle Aargau der Sache welche Wendung und Anschein nur immer geben und klagend gegen Uri auftreten, es würde keinen Entscheid des Bundesgerichts in der Materie der Sache herbeizuführen vermögen. Wenn auch der Streit an das Bundesgericht gelangte, so wäre dieses im Falle, denselben an die Urnerischen Gerichte zu weisen.

Allein als ein solcher Paternitätsstreit stellt sich der vorliegende nicht dar. Das Kind „Johanna Walker“ ist nicht das Kind einer aargauischen Bürgerin, für welches ein Vater in Uri gesucht wird. Dasselbe ist gemäß der Behauptung des Standes Aargau das Kind einer Urnerischen Bürgerin ohne rechtlich bekannten Vater.

Der Klageschluß von Aargau lautet dahin: daß Uri angehalten werden solle, das fragliche Kind als Angehöriges dem Kanton Uri anzuerkennen, und der eventuelle Gegenschluß Uri's lautet dahin: es sei Aargau mit seiner Klage abzuweisen.

Offenbar treten hier zwei Kantone gegen einander auf und die in der Bundesverfassung Art. 101, Ziffer 1 Litt. a. enthaltene Bestimmung ist vorhanden. Ob die Klage Aargau's eine begründete oder eine unbegründete sei, solches zu entscheiden ist aber Sache des Bundesgerichts. Jedenfalls hat also die Sache dahin zu gelangen.

Aber geht man auch tiefer ein und fragt sich: ist im Grunde und bei'm Lichte betrachtet nur ein Streit zwischen zwei Gemeinden, wie Uri behauptet, oder ist wirklich ein Streit zwischen zwei Kantonen, wie Aargau behauptet, vorhanden, so muß sich die Kommission für das letztere entscheiden. Wenn der Streit als zwischen zwei Gemeinden obschwebend betrachtet werden wollte, so sind diese

zwei Gemeinden Alliswyl und Wasen. Allein die Gemeinde Alliswyl würde, so viel aus den Akten erhellt, das Kind anerkennen, wenn solches von ihr abhänge, doch die Regierung von Aargau gibt es nicht zu, und wie es scheint, würde auch die Regierung von Uri nicht zugeben, daß die Gemeinde Wasen das Kind anerkenne. Die Regierungen handeln also nicht Namens der Gemeinden, sondern selbstständig. Fragt man weiter, haben die Regierungen ein Interesse, geht sie die Sache etwas an, so ist auch diese Frage zu bejahen. Es handelt sich, wie Aargau richtig bemerkt, um die Kantonshörigkeit.

Betrachte man die Antecedentien, so findet man, daß schon vor der Bundesverfassung von 1848 Streite zwischen Kantonen über Kantonshörigkeit von Personen an das eidgenössische Recht gelangten, während der kurzen Dauer des Bundesgerichts seit 1848 beurtheilte es schon ähnliche Fälle.

Ferner ist zu bemerken, daß auf einem Umwege, wenn man dem Stande Aargau den Zutritt vor das Bundesgericht dormalen und in der Weise, wie es denselben verlangt, nicht gestatten würde, der Streit zuletzt doch an das Bundesgericht gelangen dürfte. Setze man nur den Fall, die Kantone Aargau und Uri würden anfangen, das quästionirliche Kind einander polizeilich zuzuschieben, indem jeder Theil behauptete, dasselbe gehöre nicht ihm, sondern dem andern Theile an. Am Ende müßte doch das Bundesgericht den Zwist in Folge Unordnung des Bundesrathes schlichten.

Die Kommission glaubt endlich noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen zu sollen, in Folge dessen man weniger ängstlich sein darf, einen Streitgegenstand an das Bundesgericht zu weisen. Früher durch die Annahme eines sogenannten eidgenössischen Rechts, später durch die

Aufstellung eines Bundesgerichts hat sich die Stellung der Kantone in Rechtsstreitigkeiten anders gestaltet, als wenn sie als völlig unabhängige Staaten einander gegenüber ständen. Wenn z. B. ein Staat an den andern aus irgend einem Rechtsittel eine Ansprache macht, so muß er den Fiskus des betreffenden Staats vor den Gerichten des Bundes belangen. In Folge des frühern Instituts des eidgenössischen Rechts und des spätern des Bundesgerichts ist solches zwischen den Schweizerkantonen nicht der Fall. Das Bundesgericht soll die Streitigkeiten entscheiden, welche nicht staatsrechtlicher Natur sind, dem Staatsrechte gegenüber steht das Privatrecht. Das Bundesgericht ist also bestimmt, privatrechtliche Streitigkeiten zwischen den Kantonen zu schlichten, während dieses sonst, wenn man nichts von einem solchen Rechtsinstitut wüßte, den Gerichten des angesprochenen Staats zustehen würde.

Aus allen diesen Gründen gelangt die Kommission im Einklang mit der Ansicht des Bundesrathes zu dem Schlusse, es habe das Bundesgericht die mehrerwähnte Streitsache zwischen den hohen Ständen Aargau und Uri zu beurtheilen und legt in diesem Sinne einen Antrag vor.

Bern, den 2. August 1851.

Die Mitglieder der Kommission:
Dr. Kasimir Pfynffer, Berichterstatter.
Glaßon.
Karrer.
Müttimann.
Kappeler.

**Bericht der von der Bundesversammlung niedergesetzten Kommission, betreffend den
Konflikt zwischen Aargau und Uri, hinsichtlich des Heimathrechtes der Johanna Walter
(Vom 2. August 1851.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1851
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	55
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.10.1851
Date	
Data	
Seite	183-191
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 754

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero.